

Dieses Heft enthält alle die...  
Preis pro Quartal...  
Empfänger in die Post...  
Anzahl...  
nicht aufgenommen.

# Der Proletarier

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Drey.

Druck von E. H. Dreyer & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: D. Schneider, Hannover.

Redaktionschluss: Montag mittags 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:

Hannover, Kilonstraße 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluss 3002.

### Neue Aufgaben für die Gewerkschaften.

Mit unerbittlicher Folgerichtigkeit vollziehen sich die geschichtlichen Ereignisse. Wer zu ihnen nicht das richtige Verhältnis findet, wird von dem Werden und Gewordenen überannt. Das gilt von dem einzelnen, von Volksschichten und von Volksgemeinschaften. Wer nicht zum Herrn neuer Verhältnisse sich aufschwingen kann, muß sich mit der Rolle begnügen, ihr Diener, ihr willenloser Knecht zu sein. Das erfährt auch die Arbeiterchaft in bezug auf die durch den Krieg geschaffenen Zustände und die von ihr in Fluß gebrachten Entwicklungen. Und wir stehen vor großen, schicksalsschweren Veränderungen, vor dem Werden neuer Verhältnisse, die der Arbeiter soziale und wirtschaftliche Lage tief einschneidend beeinflussen können.

Von dem Neuen, das aus dem fürchterlich gewaltigen Geschehen unserer Zeit herauswächst, ist bisher die voraussichtliche Umgestaltung der Handels- und Wirtschaftsverhältnisse in ihrer Wirkung auf den Arbeitsmarkt nur wenig berücksichtigt worden. Es handelt sich dabei jedoch um äußerst wichtige Angelegenheiten für die Gewerkschaften, denen daraus Aufgaben erwachsen, deren Größe und Schwierigkeiten noch nicht übersehen werden können. Das Wohl der Arbeiter gebietet es jedoch, die Aufgaben zu lösen.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Krieg in wirtschaftlicher Hinsicht mancherlei nationale Grenzen aufhebt oder doch die trennenden Mauern tüchtig abträgt. Wenn sich auch die ausschweifenden Pläne, die auf ein Abschneiden großer Wirtschaftsgebiete vom Weltmarkt hingerichtet, nicht verwirklichen lassen, weil die kapitalistischen Interessen entgegen stehen, so kann man doch mit der Tatsache rechnen, daß sich einerseits zwischen den Ländern der Entente, andererseits zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei, so etwas wie wirtschaftliche Interessengemeinschaften herausbilden werden; teilweise sind sie schon vorhanden. Bei diesen Gemeinschaften denkt man zunächst vorwiegend an einen erleichterten Warenauslaß untereinander an Zoll- und tarifpolitische Begünstigungen, sowie an die Bildung eines gemeinsamen Wirtschaftsgebietes, dessen Innenmarkt sich wiederum durch Zoll- und Tarifpolitik gegen die Konkurrenz anderer Länder sichert. Solche Maßnahmen allein schon berühren in hohem Maße die Interessen der Arbeiterschaft. Die wirtschaftspolitische Abschließung des Inlandmarktes vom Weltmarkt macht die Produzenten stets in gewissem Maße zu einem Preisbildner, der seine Macht zum Nachteil der Verbraucher ausnützt.

Es kommen hier aber auch unmittelbare Interessen der Arbeiter in Frage. Der engere wirtschaftliche Zusammenschluß der Mittelmächte schafft nicht allein einen erweiterten, vereinheitlichten Warenmarkt; in diesem größeren Rahmen werden später auch die Arbeitskräfte stärker hin und her geschoben, sozusagen als ein Besitztum des verbündeten Kapitals nach dessen Interessen ausgenutzt. In dem größeren Wirtschaftsgebiet gibt es Gegenden mit industriell rückständiger Entwicklung und großen Summen bedürftiger, williger, vom Solidaritätsbewußtsein noch nicht erfaßter Arbeitskräfte. Das Kapital wird selbstverständlich versuchen, diese Arbeitskräfte sich dienstbar zu machen, sie nach Möglichkeit als Lohnbrüder zu benutzen.

Dazu stehen ihm zwei Wege offen. Es heißt die rückständigen Arbeiter in die Gebiete mit hochstehender Industrie und fortgeschrittener Arbeiterschaft. Auf diese Weise sorgt man für ein genügend reichliches oder überreiches Angebot von Arbeitskräften, was erfahrungsgemäß stark auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, und zwar zum Nachteil der Arbeiter, einwirkt. Ganz besonders wird man das Heranbringen von Arbeitskräften aus wirtschaftlich zurückgebliebenen Gegenden betreiben, wenn Konflikte mit den Gewerkschaften drohen oder solche ausgebrochen sind. Die unbewußten und unorganisierten Herangeholten werden als Arbeitswillige gebraucht, mit ihrer Hilfe die auf Verbesserung der Lohnverhältnisse oder auf eine Verhinderung ihrer Verschlechterung gerichteten Bestrebungen unwirksam gemacht. Schon vor dem Kriege hat das deutsche Unternehmertum solche Politik betrieben. Mehrere Vorgänge nach dieser Richtung sind aus dem Baugewerbe, dem Kohlenbergbau, und auch aus dem Buchdrucker-gewerbe bekannt. Daß die Unternehmer nach dem Vollzug einer imgeren Wirtschaftsgemeinschaft die im Gebiet der Mittelmächte vorhandenen rückständigen Arbeitskräfte später planmäßig gegen die höher stehenden Arbeiter und deren Kulturbegehren ausnützen werden, das ist eine durch die Verhältnisse gegebene Tatsache, mit der man sich vertraut machen muß.

Die Bedrängung der Arbeiter erfolgt jedoch nicht lediglich auf die angebotene Weise. Das Kapital kennt noch einen andern Weg, um billige und rückständige Arbeitskräfte seinen Gewinnschancen dienstbar zu machen. Es kann sie an ihrem Heimort mit der Erzeugung aufsuchen. Industrien, die nicht örtlich gebunden sind, wie z. B. Bergbau und Hüttenindustrie verlegt er dorthin. Durch die Verwertung der mit den niedrigsten Löhnen und schlechtesten Arbeitsbedingungen zufriedenen Arbeitskräfte vermindert der Unternehmer seine Selbstkosten. Er kann die so herbeigebrachten Waren billiger auf den Markt werfen und verursacht dadurch mittelbar ebenfalls einen Druck auf die Lohnverhältnisse an andern Orten.

Das Fehlen oder die Rückständigkeit der Sozialpolitik in den andern Ländern begünstigt das Heranholen bedürftiger, an

schlechtere Verhältnisse gewöhnter Arbeiter, wie auch die Verlegung von Erzeugungsbetrieben in die wirtschaftlich zurückgebliebenen Gegenden.

Die hier kurz umrissene Entwicklung bedroht vorwiegend die Arbeiter in Deutschland in der Behauptung ihrer bisher erkämpften Lebenshaltung, denn in Deutschland sind von den in Betracht kommenden Ländern die Arbeitsverhältnisse vergleichsweise am günstigsten, und bei uns ist die Sozialpolitik weiter als dort. In diesen Umständen liegt für die Arbeiter in rückständigen Gegenden ein starker Anreiz, Vordrängen der deutschen Unternehmer zu folgen, die sie weiter leicht dazu bestimmen, in jenen Gegenden Fabriken anzulegen.

Solcher Bedrohung ihrer sozialen Lage können und dürfen die deutschen Arbeiter nicht latentlos zuschauen. Sie müssen zu einer entschlossenen Gegenwehr rufen. Als Gewerkschafter müssen sie versuchen, auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes größeren Einfluß zu gewinnen. Zu diesem Zweck haben sich die Gewerkschaften den veränderlichen Verhältnissen anzupassen. Ebenso wie das Kapital und das Unternehmertum zu einer größeren Interessengemeinschaft in erweitertem Wirtschaftsgebiet gelangen, müssen auch die Organisationen der Arbeiter in den Ländern der Mittelmächte ein innigeres Zusammenarbeiten herbeiführen. Durch dieses Zusammenarbeiten haben sie dahin zu streben, die Organisation und Verwendung von Arbeitswilligentrupps sowie das Aufzuchten von Lohnbrüdergarden nach Möglichkeit zu verhindern. Die dabei zu lösende Hauptaufgabe ist die Aufklärung und Organisation der Arbeiter in allen Ländern, wobei als Zweig der gemeinsamen Tätigkeit die in den rückständigen Gegenden zu leistende Arbeit in den Vordergrund zu treten hätte.

Wohl überall die Gewerkschaften schwächer sind als in Deutschland, in manchen Gegenden von Organisationen kaum erst Ansätze vorhanden sind, so ergibt sich als Selbstverständlichkeit, daß die deutsche Organisation die Hauptarbeit zu vollbringen hat und sie die meisten Lasten tragen muß. Das ist notwendig im wohlverstandenen Interesse der deutschen Arbeiter. Sie haben zu verteidigen, was von kapitalistischen Interessen und rückständigen, unwissenden Arbeitern angegriffen wird.

Das Vollbringen eines jeden Werks ist jedoch an Voraussetzungen gebunden. Sind diese nicht vorhanden, werden sie nicht erfüllt, dann wird die Lösung der gestellten Aufgabe mit unzureichenden Mitteln unternommen — und sie muß scheitern. Es gehört nun aber wenig, wirklich wenig Einsatz dazu, um zu erkennen, daß der deutsche Arbeiter die seinen Gewerkschaften von der Entwicklung übertragene Aufgabe nur dann erfüllt sehen kann, wenn dafür gesorgt wird, daß die Organisationen von starken Mitgliedschaften getragen, in innerer Geschlossenheit das neue Tätigkeitsfeld betreten können.

Groß ist die Zahl der feindlichen Kräfte und Mächte, die der Arbeiter Wohl bedrohen. Unter keinen Umständen darf der Feind gestärkt werden, indem innerer Haberd, Zwietracht in den eigenen Reihen die Schlagkraft und Kampfstärke der Gewerkschaften lähmen!

### Hat die Organisation der Arbeiter einen Zweck?

Eine komische Frage! So wird jeder sagen, der diese Ueberschrift liest und selbst felsenfest von der Zweckmäßigkeit, ja Notwendigkeit der Arbeiterorganisation überzeugt ist. Aber sie klingt nicht mehr allzu komisch, wenn man, wie Schreiber dieses, mit vielen Menschen aus allen Gegenden Deutschlands zusammengekommen ist und dabei so mannigfache Erfahrungen gesammelt hat.

Seit 1½ Jahren als Soldat mit in den Strudel des Weltkrieges gerissen, interessierte es mich lebhaft, die Ansichten meiner Kameraden über obige Frage zu hören. In der Kaserne, auf Etappe in den Wachstuben, ja sogar in den Unterschlüpfen im Schützengraben habe ich öfter das Gespräch auf dieses Thema gebracht. Wie werde ich vergessen, wie wir an der Wisnefront tief in der Erde, in sogenannten „Karnidellöchern“ eifrig über die Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit der Gewerkschaften uns aussprachen, während die Zweckmäßigkeit der Gewerkschaften uns aussprachen, während über uns die französischen Granaten explodierten.

Dort oben wütende Vernichtung, hier unten friedlicher Meinungsaustausch über kulturelle Probleme. Welch ein Gegensatz! Waren es nicht die Massen des werktätigen französischen Volkes, die uns Granaten, Mienen und Maschinengewehrflügeln herüber schickten, und waren auch wir nicht bereit, Tod und Verderben in ihre Reihen zu senden? Das sollte die Kultur zweier geistig hochstehender Völker sein?

In der Heimat war man dabei, die bis dahin festgefügte politische Organisation der Arbeiter zu zersplittern, Selbstzerfleischung zu üben, ja diesen Streit auch in die gewerkschaftlichen Organisationen zu tragen. Was lag da näher, als daß auch in den Reihen der „draußen“ Befindlichen eifriger Meinungsaustausch stattfand! Bei den in der Industrie beschäftigten Gewesenen fand ich meist lebhaftes, oft glühendes Interesse für die Vorgänge in der Arbeiterschaft. Allgemein wurde die Spaltung der Sozialdemokratie bedauert, und mit

Händen und Füßen wollte man sich dagegen wehren, diese Spaltung auch in die Gewerkschaften hineintragen zu lassen. Es sei schon genug, daß die gewerkschaftlichen Organisationen nicht einheitlich seien, daß freie, christliche und Hirsch-Dunderfische Gewerkschaften beständen. Es sei nötig, diese mit der Zeit alle unter einen Hut zu bringen, damit die wirtschaftliche Organisation der Arbeiter eine geschlossene Linie gegenüber dem Unternehmertum, dem Kapitalismus bilden. Den rein politischen Streitpunkt in die starken freigewerkschaftlichen Organisationen zu tragen, hieße, den Arbeiter auch in seinen wirtschaftlichen Kämpfen lahmlegen, ihn zur Ohnmacht verdammen! Man solle es nicht wagen! „Auch wir hier „draußen“ haben noch ein Wörtlein mitzureden, u. dieses Wörtlein wird ein sehr energisches sein für die Zerstörer! So war zum größten Teil die Meinung der befragten, gewerkschaftlich und politisch orientierten Industriearbeiter.

Doch fand ich auch Kameraden, die nichts von den Vereinigungen der Arbeiter wissen wollten. Sie vertraten den krassen Eigenwitz den „Jeder-mach'-Seins“-Standpunkt. „Pro!“ wollten sie mit ihrer Arbeitskraft schalten und walten. Keiner sollte ihnen Vorschriften machen, zu welchem Preis sie ihre Arbeitskraft verkaufen. Möglicherweise hohe Löhne wollten sie auch. Bei Akkordarbeiten viel verdienen, und wenn durch wahnsinnige Arbeitsleistungen die Akkordlöhne herabgesetzt werden, — na, dann wollten sie gehen und in einer andern Fabrik dasselbe Spiel wiederholen. Also auf Kosten der körperlich schwächeren Kollegen sich bereichern. Eine Solidarität der Arbeiter erkannten sie nicht an. So recht Leute nach dem Wunsch eines unserer Unternehmer!

Dann fand ich noch eine Gattung von Kameraden, die „Resignierten“. Sie sagen: „Was hat die Organisation der Arbeiter für einen Sinn?“ Ist es euren politischen Organisationen möglich gewesen, diesen grauenvollen Krieg zu verhindern? Wo war eure Internationale? Ihr habt große Summen als Gewerkschafter nach Frankreich, nach England und nach Rußland gesandt zur Unterstützung streikender Arbeiter. Zum Dank dafür bekommt ihr nur deren Granaten und Kugeln zu kosten. Wir gehen zu keiner Versammlung, zu keiner Wahl, Arme und Reiche hat es immer gegeben, solange die Menschheitsgeschichte besteht und so wird es auch bleiben. Wir sind die Gleichgültigen!

Oh, diese Kleingläubigen und Verzagten! Welche Verkennung der Tatsachen. Sie sehen nicht, daß gerade sie es sind, die lähmend und hemmend auf die gesamte Arbeiterbewegung einwirken! Nicht Gleichgültigkeit, nicht Resignation sind die Faktoren, die die Arbeiterschaft aus den Krallen des Kapitalismus und der Herrschaft einer kleinen Gruppe des Volkes befreien, sondern freier offener Mannesmut gehört dazu! Es ist untwändig von denen, die so oft dem Tod ins Angesicht geschaut haben, nun mit beschränkten Armen feige den wirtschaftlichen Kämpfen zuzuschauen! Die kommende Friedenszeit verlangt ganze Männer, denn die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterschaft werden nicht aufgehört, sondern heftiger denn je sein!

Schaut doch, mit offenen Augen und gesundem Menschenverstand um euch! Seht ihr nicht wie sich der Kapitalismus und das Junkertum mit aller Macht gegen jeden Fortschritt der Arbeiterschaft, politisch wie wirtschaftlich, kräuben, während ihr in den Schützengräben euer Leben für die Unzertrennbarkeit Deutschlands einsetzt? Wenn die Arbeiterschaft der ganzen Welt ihren Kulturwert und ihre Macht erkannt hätte, dann wäre dieser schreckliche Krieg unmöglich gewesen. Wie leicht ist es, zu sagen: „Ihr Organisierten habt nicht vermocht, den Krieg zu verhindern, deshalb taugen eure Vereinigungen nichts, deshalb stehe ich gleichgültig dabei.“ Was hast du denn, Kamerad, getan, um den Aufstieg der Arbeiterschaft zu fördern? Nichts! Keiner gar nichts! Und doch erlaubt du dir, zu sagen, die Arbeiterorganisationen hätten keinen Sinn? Weider steht du nicht allein da mit deiner Gleichgültigkeit, deinem verzagten Zurückbleiben. Millionen Arbeiter der ganzen Welt sind es, die dumm und stumpf dahinfluten und dadurch den größten Hemmschuh des Kulturfortschritts bilden.

Kameraden, die ihr noch heute fest und tren zu euren Organisationen steht, helft diesen Unverstand der Gleichgültigen zu zerstreuen, rüttelt sie auf, zeigt ihnen, daß unser größter Feind sie selbst seien, damit sie sich als überzeugte Kämpfer den Arbeiterorganisationen anschließen!

Kollegen, die ihr euch noch in der Heimat, in den Fabriken befindet, tut desgleichen und wehrt euch gegen jede Zersplitterung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, damit wir, wenn wir einst zurückkehren, unsere festgefügt organisierten Vorkämpfer finden, um dann an ihrer weiteren Ausbildung und Ausbreitung zu arbeiten.

Wir glauben auch hier draußen in Feindesland fest an den Kulturfortschritt der Menschheit, und wir hoffen, daß für die Zukunft ein solcher Völkermord unmöglich ist. Das kann aber nur das Werk der großen Masse der werktätigen Bevölkerung sein. Organisation ist das Zauberwort, das alles vermag. Agitation in erhöhtem Maße muß einsetzen, und sie wird um so leichter sein, weil dieser Krieg vielen Indifferenten die Augen geöffnet hat.

Wahlspruch der Arbeiterschaft sei heute wie früher: Vorwärts und aufwärts!

Otto Bentin, Berlin (zur Zeit im Felde).

# Jugendliche Arbeiter und ungelernete Arbeit.

### Ein Beitrag zur Berufswahl.

Wieder naht die Zeit der Schulentlassungen, in der die Sehnsucht so mancher Mutter, daß ihr Großer endlich etwas verdienen wird, der Erfüllung entgegengeht. Schon in der Friedenszeit war das schmale Einkommen der proletarischen Familie die Ursache, daß viele Arbeiterkinder es sich versagen mußten, ihre Nachkommen ein Handwerk erlernen zu lassen. Die Entschädigung, die der Lehrherr den Eltern seiner Vehl nge zählt, ist so gering, daß sie nicht einmal für das Nahrungsbedürfnis des Lehrlings ausreicht. Aber auch die eigentliche Befähigung spielt für den Lehrherrn oft nur eine untergeordnete Rolle, weil ihm der Lehrling eine billige Arbeitskraft bietet. Diese Tatsachen fallen jetzt in der schweren Kriegszeit doppelt ins Gewicht. Viele Väter der aus der Schule kommenden Knaben stehen im Felde, und die Unterstützung, die die Mutter erhält, reicht noch immer bei weitem nicht aus, um eine gesunde Familienernährung zu ermöglichen. Im Hinblick darauf ist es erklärlich, daß viele Mütter bemüht sind, eine möglichst lohnende Arbeitsstelle für ihren Jungen zu erhalten.

In den Lagerabteilungen der Fabrikbetriebe und im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe finden die jugendlichen Arbeiter — als ungelernete Arbeiter — in erster Linie eine Unterkunft. Wiewohl der Lehrherr, genau so wollen aber auch diese Unternehmer an den jungen Leuten profitieren. Das gelingt ihnen um so leichter, als dem jugendlichen Arbeiter die Ausübung seiner kindlichen Arbeitskraft noch nicht zum Bewußtsein kommt. Auch die Mutter eines solchen kleinen Arbeitsklaven ist meist hoch erfreut über die schöne Stelle, verdient ihr Sohn doch schon mehr, als er im letzten Jahre seiner eventuellen Lehrzeit verdienen würde.

Was sind aber die Folgen für die Zukunft? Durch das zur Zeit verhältnismäßig höhere Lohn Einkommen auch der jugendlichen ungelerneten Arbeiter — speziell in der Rüstungsindustrie — wird sich das Heer der ungelerneten Arbeiter weit über den Durchschnitt der Friedensjahre hinaus vermehren. Ob auch das Lohn Einkommen gleich hoch bleiben wird, ist sehr zweifelhaft. Alle Anzeichen weisen vielmehr darauf hin, daß sich nach dem Kriege ein Ueberangebot von ungelerneten Arbeitern auf dem Arbeitsmarkt einstellen und infolgedessen der Lohn stark fallen wird. Durch eine frühzeitige und übermäßige Kraftverausgabung der jugendlichen Arbeiter wird ferner auch ihre körperliche und geistige Weiterentwicklung gehemmt. Besonders in Fabrikbetrieben, in denen diese Kleinen in den Lagerabteilungen beschäftigt werden, sind die gesundheitlichen Schädigungen für ihren noch zarten Organismus augenfällig. Diese Lagerabteilungen schließen sich allzuoft noch den eigentlichen Erzeugungsräumen unmittelbar an. Giftige Dämpfe (wie z. B. in der chemischen Industrie) und andre schädliche Verflüchtigungen finden so freien Zutritt in die Lagerräume.

Die Unternehmer verstehen auch noch in anderer Hinsicht sich die kindliche Arbeitskraft nutzbar zu machen. Nachdem der jugendliche Arbeiter sich eingearbeitet hat, dient er oft als Ersatz für den älteren, teureren Arbeiter. Um einen Grund für die Entlassung des älteren Arbeiters ist das Unternehmertum nicht verlegen. Wegen Arbeitsmangels oder ähnlichem wird der ältere und teurere Arbeiter entlassen und der junge und billigere Arbeiter kann an seine Stelle aufrücken. Er hat sich aber nur so lange der Gunst des Unternehmers zu erfreuen, wie er seine Lohnansprüche nicht erhöht, andernfalls geht es ihm wie seinem Vorgänger.

Aus diesen, der kapitalistischen Wirtschaftsweise entspringenden Zuständen erwächst den Proletariermüttern, wie der erwachsenen Arbeiterschaft überhaupt, die Pflicht, auch die jugendlichen ungelerneten Arbeiter den einschlägigen gewerkschaftlichen Organisationen als Mitglieder zuzuführen. Diese bieten den jugendlichen Arbeitern Schutz vor übermäßiger Ausbeutung durch das Unternehmertum und Belehrung über die Gefahren des werktätigen Lebens. Gerade jetzt in der Kriegszeit muß manche junge Hilfskraft eine Ältere ersetzen. Dabei bietet sich die beste Gelegenheit, auch die jugendlichen Arbeiter der modernen Arbeiterbewegung zu gewinnen.

## Aus der Industrie

### Papier-Industrie

#### Bluff oder Wahrheit?

Bekanntlich begründeten die Tapetenindustriellen ihre am 25. Februar 1917 in Berlin beschlossenen Preiserhöhungen, die nach der Mitteilung aus Berliner Tageszeitungen je nach der Qualität zwischen 8 bis 20 Prozent betragen, mit einer angeblichen Papierknappheit. Obwohl im Herbst 1916 die Papierfabrikanten in ihren verschiedenen Eingaben an Regierungen und Konsumentenorganisationen das Vorliegen einer Papiernot in Abrede stellten, wollen die Gerüchte über die Knappheit an Tapetenpapieren kein Ende nehmen. Angeblich sollen in Zukunft überhaupt keine Tapetenpapiere mehr erzeugt werden, wie eine Papierfabrik in einem Rundschreiben an ihre Abnehmer behauptet. Wir geben den Inhalt des Schreibens, das in Nr. 4/5 der „Tapete“ abgedruckt ist, nachstehend wieder.

Seitens der Regierung liegt die Absicht vor, in der Papierfabrikation weitgehende Betriebskonzessionen und vollständige Stilllegung einzelner Betriebe in aller Kürze durchzuführen.

Tapetenpapier ist ein erhaltenes Mittelgut, nach dem gar nicht mehr fabriziert werden dürfen, so daß auch alle übrigen Tapetenpapierfabriken zur Stilllegung kommen werden. Wir haben demnach wohl die Stilllegung unserer Betriebe in A. und B. zu gewärtigen.

Im Interesse Ihrer Branche halten wir es für dringend notwendig, daß die Tapetenfabrikanten sofort geschlossen oder in einzelnen Verbänden Stellung dagegen nehmen und alles aufbieten, daß diese schwere Schädigung Ihrer Interessen vermieden wird. Sehr zu empfehlen ist es, wenn alle Fabriken geschlossen vorgehen, da die Regierung darauf steht, möglichst nur mit einer Stelle zu verhandeln.

Wir stehen mit weiteren Mitteilungen gern zu Diensten. Eigenartigerweise soll dieses Schreiben, nach der „Tapete“, nur an „vertrauliche Kreise“ gerichtet worden sein. Die Tapetenfabrikanten hätten sich aber seit einiger Zeit in eine Vertraulichkeit, die durchsichtig wird. Nach der „Tapete“ sollten sogar die Beschlüsse der Berliner Versammlung, in der die Langsamereichen

Tapetenfabrikanten und die Wollfischen Tapetenhändler über die Preiserhöhungen berieten, der Öffentlichkeit vorenthalten werden, denn „man hatte den Wunsch geäußert, daß über Zahlenfestsetzungen, den Austrag der Meinungsverschiedenheiten, der oft heftig wurde, und auch über noch manches andre die Presse nicht berichten möchte.“

Diese übertriebene Vertraulichkeit erinnert recht stark an den „Bluff“, den die Papierfabrikanten im Jahre 1916 mit der angeblichen Papiernot ihren Abnehmern vorführten, um die gewünschten Preiserhöhungen durchzudrücken. Beruhen die Angaben der Papierfabrik auf Wahrheit, daß die Regierung die Stilllegung der Tapetenpapierfabriken beabsichtigt, so besteht durchaus kein Grund zur Vertraulichkeit, da außer der Existenz der Tapetenpapier- und Tapetenfabrikanten doch auch noch die Erwerbsmöglichkeit der vielen Papierarbeiter, Tapetenarbeiter, Formstecher, Musterzeichner, Tapetenverkäufer usw. gefährdet wird. Dann besteht aber auch kein Grund zur Verheimlichung der Ursachen, die zu der neuesten Preiserhöhung der Tapeten geführt haben. Die vollkommene Stilllegung der Tapeten- und Tapetenpapierindustrie würde nicht nur für die direkt betroffenen Arbeiter und Unternehmer bedauerliche Folgen haben, sondern auch die Abnehmer und Weiterverarbeiter der Tapeten tief schädigen. Außerdem dürfte eine derartige Regierungsmaßnahme den Tapetenfabrikanten und Tapetenhändlern ein willkommenes Anlaß sein, ihre Lagerwaren zu Wucherpreisen an den Mann zu bringen.

Wir hoffen, daß die maßgebenden Regierungsorgane sich zu dem vertraulichen Schreiben der Tapetenpapierfabrik äußern. Sollten die Angaben dieser Firma den Tatsachen entsprechen, so können die Arbeiter und Angestellten der in Frage kommenden Betriebe mit Recht verlangen, daß vor der Stilllegung der Betriebe die Folgen einer derartigen tief einschneidenden wirtschaftlichen Maßnahme nicht nur mit den Vertretern der Unternehmerverbände, sondern auch mit den Führern der in Frage kommenden Arbeiter- und Angestelltenorganisationen reiflich geprüft und erwogen werden.

### Keramische Industrie

#### Der Krieg als Retter.

Auch der Ziegelindustrie soll der Krieg auf die Beine helfen. Das scheint angesichts der daniederliegenden Bautätigkeit sehr schwer zu sein. Doch die Unternehmer haben schon ausgeflügelt, wie es zu machen ist, und sie halten mit ihren Vorschlägen nicht zurück. Bis vor kurzem noch verlangten sie von der Regierung, sie solle die Ziegeleibehälter zwangsweise organisieren und zu einer „gesunden“ Preispolitik — was darunter verstanden wird, ist bekannt — treiben. Daraus ist nichts geworden. Zwar besteht bei der Regierung keine grundsätzliche Abneigung gegen einen solchen Eingriff zugunsten einer Unternehmergruppe, jedoch schreckte sie zurück vor den Schwierigkeiten, die ihr aus der großen Zahl der Ziegeleien erwachsen.

Nunmehr ist ein neuer Vorschlag reif geworden. Das Hilfsdienstgesetz soll Hilfe bringen. Bekanntlich können auf Grund dieses Gesetzes Betriebe, die nicht notwendig sind für die Landesverteidigung oder die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens, stillgelegt werden. Die Ziegeleibehälter fordern nun, daß die Entscheidung darüber, welche Unternehmungen stillgelegt werden sollen, den bestehenden Organisationen der Ziegeleibehälter überlassen wird. Die ihnen so übertragene Macht wollen diese dann ausnutzen, um alle Unternehmer in die Organisation hineinzuzwingen. Das wird schon ganz offen bekanntgegeben. In einem Aufsatz darüber in Nr. 21 der „Tonindustrie-Zeitung“ (vom 17. Februar 1917) heißt es:

„Das Kriegsamt erklärt bereits, daß es nicht mit dem einzelnen, sondern nur mit der Organisation verhandeln kann. Die Macht über die Auswahl der aufrecht zu erhaltenden und der still zu legenden Werke liegt also bei der Organisation; wer sich ihr nicht anschließt, dessen Betrieb wird zweifellos der Schließung anheimfallen. Unter Umständen wird daher kein wirtschaftlicher Untergang besiegelt sein, da die Organisation keinen Anlaß hat, ihm über die schwere Zeit hinwegzuhelfen.“

Das ist die nackte Ankündigung, daß die Organisationen der Ziegelindustrie die ihnen eventuell zu übertragende Entscheidung nicht nach sachlichen Gesichtspunkten treffen wollen. Vielmehr wollen sie eine terroristische Politik der Machtreiben, indem sie den Nichtorganisierten einfach die Bude zumachen. Solche Rücksichtslosigkeit ist zwar bei den Unternehmerorganisationen Brauch und Regel, aber sie wird doch nicht erst mit einer so brutalen Offenheit angekündigt.

In dem angezogenen Aufsatz wird dann ausgeführt, daß die Organisationen der Ziegelindustrie, sobald ihnen die Macht der Entscheidung über Betriebsstilllegungen übertragen ist, auch noch in anderer Weise der Industrie, soll heißen den Unternehmern, aufhelfen können. Nämlich dadurch, daß man den Unternehmern, deren Betriebe stillgelegt werden, Entschädigungen zuflößt. Diese Entschädigungen sollen durch entsprechende Erhöhung der Verkaufspreise ausgebracht werden. Es sollen Verkaufsvereinigungen gebildet bzw. ausgebaut werden, die eine erhebliche Preiserhöhung durchdrücken. Dazu sind diese, so heißt es, „leicht in der Lage, denn sie allein üben nunmehr einen bestimmenden Einfluß auf die Bildung des Marktpreises... aus“. Der Preis soll also willkürlich festgelegt werden; nicht unter Berücksichtigung der Erzeugungskosten, sondern allein unter dem Gesichtspunkt: wie viele Unternehmer wollen von dem Preis Entschädigung haben? Daß eine solche Preispolitik zu ganz unhaltbaren Zuständen nicht nur führen kann, sondern führen muß, können die Verantwortlichen nicht zu beachten. Es soll eben „der Weg ausgebaut werden, auf dem die Einbußen wieder eingebracht werden“, die die Unternehmer in der Friedenszeit erlitten haben. Also der Krieg als Retter aus finanziellen Schwierigkeiten, der Krieg als Gesundheitsmacher kranker Industriezweige, der Krieg als ein Mittel, die Preise endlos zu steigern! Vor allem aber soll der Krieg ein Mittel sein, die Organisationen der Unternehmer auszubauen. „Jetzt müssen sich die bisher abseits stehenden Betriebe anschließen, wenn sie sich nicht selbst zugrunde richten wollen“, frohlockt das Unternehmertum. Wir möchten den Satz ein wenig ändern: Jetzt müssen sich die abseits stehenden Ziegeleiarbeiter dem Fabrikarbeiterverband anschließen, wenn sie nicht unter die Häder kommen wollen. Hoffentlich sehen das die Arbeiter endlich ein.

### Frauenarbeit in der Zementindustrie.

Ueber das Eindringen und die Vermehrung der Frauenarbeit in der Zementindustrie heißt es in einer Betrachtung in der Zeitschrift „Femina“ (Nr. 3, 1917): „In der deutschen Zementindustrie haben in Friedenszeiten nur verschwindend wenige Fabriken im eigentlichen Fabrikationsbetriebe Frauen beschäftigt, denn die Arbeitsbedingungen und die schweren Arbeiten der modernen Zementfabrik erfordern auch vom gewöhnlichen Arbeiter ein gewisses technisches Verständnis und eine Leistungsfähigkeit, die Frauen im allgemeinen nicht eigen ist. Im europäischen und außereuropäischen Auslande haben dagegen schon in Friedenszeiten Zementfabriken weibliche Arbeitskräfte herangezogen und haben teilweise sehr gute Erfahrungen damit gemacht. Besonders ältere Fabriken mit Schächtschloten, die viel manuelle Arbeitskräfte erfordern, haben in großem Umfange Frauen und Mädchen beschäftigt. Im Laufe des Krieges haben sich auch in deutschen Zementfabriken, nachdem einheimische männliche Arbeitskräfte fehlten und mit Kriegesgefangenen teilweise sehr schlechte Erfahrungen gemacht worden waren, Frauen eingebunden und sich besonders für leichtere Arbeiten, wie sie ja in der Zementfabrik in gewissem Umfange, je nach der Art des Fabrikationsverfahrens, vorhanden sind, bewährt. Während man früher in Friedenszeiten Frauen höchstens in der Nebenabteilung der Packerei zum Auspacken und Füllen der Säcke verwendete, findet man sie heute schon überall auf der Kohlschichte bei der Rohmaterialförderung, auf dem Kohlenhofe, in Schächtschlotenbetrieben bei den Pressen und an den Oefen bei der Beschickung derselben, bei der Beschickung der Zementmühlen und an vielen andern mitunter gar nicht so leichter Arbeit verbundenen Posten, an denen man früher junge Burtschen, die heute ja auch schon als Vollarbeiter angesehen und bezahlt werden wollen, trotz der geringen Leistung beschäftigt. Durchweg haben sich hier überall die Frauen gut bewährt, und man wird in vielen Fällen die Frauenarbeit für gewisse Teile ohne Bedenken auch später beibehalten können. Dagegen haben die Frauen an allen jenen Stellen völlig versagt, wo die Arbeit technisches Verständnis erforderte und mit angestrengter Tätigkeit verbunden war, und wenn die Frau gewisse Schmierposten auch noch ausfüllen kann — ebenjogut wie in der Munitionsindustrie für mechanische Dreharbeiten Drehmaschinen auszubilden worden sind, mit gutem Erfolg — eine „Drehmaschinenrennerin“ oder eine „Zementmüllerin“ wird man nie aus einer Frau bei allem guten Willen ihrerseits machen können. In dieser Beziehung bedarf sich die Erfahrungen aus sämtlichen Industriezweigen, in denen man versucht hat, Frauen in weitgehendem Maße an Stelle von männlichen Arbeitskräften zu gewinnen. — Diese Versuche bilden ein Seitenstück zu der Beschäftigung von Kriegsgefangenen, mit denen man im Anfang auch aus allen Arbeiterkategorien herauskommen wollte, und mit denen man gerade in der Zementindustrie starke Enttäuschungen erlebt hat.“

Es wäre uns durchaus erwünscht, wenn wir aus dem Kreise unserer Mitglieder Meinungsäußerungen zu dieser Frage erhielten. Es handelt sich da um eine recht wichtige Angelegenheit, deren endgültige Regelung uns durchaus nicht gleichgültig sein kann.

### Zucker-Industrie

#### Gute Geschäfte.

Zu den Industriezweigen, die durch den Krieg besonders begünstigt wurden und die ihre Gewinne erheblich steigern konnten, gehört auch die Zuckerindustrie. Die Gründe dafür sind hier wiederholt dargelegt worden. Erst in Nr. 11 des „Proletarier“ haben wir berichtet, wie die Regierung den Zuckerrabattanten und Rübenbauern eine weitere, ganz erhebliche Preiserhöhung zugestimmt hat, obwohl die vorletzte noch gar nicht in Kraft getreten ist. Da der Preis heute um reichlich 150 Prozent über dem Friedenspreise steht, die Unkosten aber nur in weit geringerem Maße gewachsen sind, wird die starke Steigerung der Gewinne in der Zuckerindustrie voraussichtlich nicht nur anhalten, sondern noch zunehmen. Was für die Besitzer und Aktionäre der Zuckerrabattanten eine feine Sache, für die Zuckerverbraucher aber wenig angenehm ist.

Kürzlich brachte die „Frankfurter Zeitung“ eine Uebersicht über die Erträge von 16 der bedeutendsten Zuckerrabattanten. Nachstehend geben wir einen Auszug aus der Zusammenstellung wieder.

Gesellschaft	Grundkapital (in Mill. Mk.)	Abföhrungen u. Rückstellungen vor Reingewinn (in 1000 M.)		Reingewinn ohne Vortrag (in 1000 M.)		Erlösbilanzen in Prozent	
		1913 u. 13/14	1915 u. 15/16	1913 u. 13/14	1915 u. 15/16	1913 u. 13/14	1915 u. 15/16
Zuckerfabrik Frankenthal	8,40	423	750	1967	3111	20%	30
Zuckerfabr. Zannernmünde	8,80	363	535	1291	2082	15	15
Zuckerf. Klein-Wanzleben	6,50	277	197	1889	1026	10	8
Zuckerf. Halle a. S.	6,-	211	337	703	1273	10	18
Wg. in Art. f. Zuckerf.	6,-	171	325	723	1043	7	16
Möbber Zuckerf.	5,50	210	361	857	759	6	10
Wab. Gel. f. Zuckerfabr.	4,71	115	79	1063	2333	12,33	20%
Zuckerfabrik Glanitz	4,50	39	173	406	1495	5	20
Womm. Frau-Zuckerf.	3,60	198	210	729	1297	20	25
Zuckerf. Gröben (Schlef.)	3,-	139	251	410	647	11	13
Zuckerfabrik Körsbüchel	2,70	41	51	136	486	4 1/2	12
Zuckerf. Frankfurt (Hofen)	1,80	287	132	336	626	14	20
Zuckerfabrik Stuttgart	1,80	289	751	709	897	20	25
Art.-Zuckerfabr. Neuwert	1,50	74	70	105	418	6%	15
3. Oeffentl. (Hals)	1,50	101	140	208	540	6	18
Zugenerba. Zuckerf. Ber.	1,50	101	95	213	93	0	4

Zusammen | 67,81 | 3024 | 4445 | 10 734 | 18 096 | 15,9 | 26,7

Nach der Tabelle waren die Abföhrungen im Kriegsjahre 1915 um fast 50 Prozent höher als im letzten Friedensjahre 1913. Gleichzeitig stieg der Reingewinn um rund 75 Prozent. Als Dividende wurden 1913 von den 16 Gesellschaften 7,7 Millionen, 1915 dagegen 12,5 Millionen Mark ausgeschüttet.

Der Prozentsatz der Dividende stieg von 15,9 auf 26,7. Und das, obwohl für Reserven, Vortrag usw. 2 803 000 Mark zurückgestellt wurden gegen 899 000 Mark im Jahre 1913! Der Gesamtdurchschnitt der Dividende für die ganze Zuckerindustrie dürfte allerdings hinter der für diese 16 Gesellschaften ermittelten zurückbleiben, daß er aber gleichfalls erheblich gestiegen ist, steht fest. Die Zuckerindustrie hat also tatsächlich glänzende Geschäfte gemacht. Um so verwunderlicher ist es, daß die Regierung dem unermüdbaren Geschrei der Zuckerrabattanten nach höheren Zuckerpreisen wiederum nachgegeben und in eine geradezu unerhörte Verteuerung dieses wichtigen Nahrungsmittels eingewilligt hat.

### Chemische Industrie

#### Weitere Erhöhung der Kalipreise?

Das Kalisyndikat verlangt höhere Kalipreise. Die im Juli des Vorjahres erfolgte nicht unerhebliche Preiserhöhung genügt angeblich nicht mehr. In einer Eingabe an den Reichstag fordert das Syndikat eine Preiserhöhung von 5 Pf. für das Kilogramm Reinkali. Freibleiben sollen nur die hochwertigen Salze, die von der einheimischen Landwirtschaft wenig verbraucht werden. Nachfolgend sind die geforderten Preise den jetzt geltenden und den vor dem Kriege festgesetzten gegenübergestellt.

	vor dem Kriege	jetziger Stand	Syndikatsantrag
Karnallit zwischen 9 und 12 o/o K <sub>2</sub> O	8,5	11	16
Rohsalz mit 12 bis 15 o/o K <sub>2</sub> O	10	13	18
Düngefalz mit 20 bis 22 o/o K <sub>2</sub> O	14	18	23
„ 30 32 o/o K <sub>2</sub> O	14,5	18,5	23,5
„ 40 42 o/o K <sub>2</sub> O	15,5	20,5	25,5
Chlorlithium mit 50 bis 60 o/o K <sub>2</sub> O	27	32	32
„ über 60 o/o K <sub>2</sub> O	29	35	35
Schwefelsaures Kali mit über 42 o/o K <sub>2</sub> O	35	38	38
Kalimagnesia	31	35	35

In der Eingabe an den Reichstag wird die geforderte Preiserhöhung begründet mit der beträchtlichen Steigerung der Selbstkosten, insbesondere der Löhne, der Rohstoffe usw. In der Eingabe wird ausgeführt, daß die Kaliindustrie bei Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Verkaufspreise nicht mehr die geringste Erhöhung der Löhne tragen könnte. Damit soll wohl gesagt sein, daß die Bewilligung der Forderung des Syndikats zu einer weiteren Lohnerhöhung führen würde. Soweit wir unterrichtet sind, haben aber die Kaliarbeiter mit der Forderung der Werksbesitzer anlässlich der Preisbildung im Juli 1916 nicht die besten Erfahrungen gemacht, so daß sie künftig voraussichtlich weitergehende Zugeständnisse und bessere Sicherungen fordern werden. In der Eingabe wird ferner behauptet, die letzte Preiserhöhung habe für die gesamte Kaliindustrie nur 7 1/2 Millionen Mark ausgemacht und nur einen geringfügigen Teilerlös für den Mehraufwand an Betriebskosten erbracht. Wenn jetzt die Kohlensteuervorlage zum Gesetz werden sollte, so würden der Kaliindustrie dadurch Mehrausgaben von 6 bis 7 Millionen Mark erwachsen. Außerdem seien Sprengstoffe, Dele, Karbid, Grubenholz, Eisen usw. weiter beträchtlich gestiegen. Dazu komme, daß durch den Wagenmangel in den letzten Monaten des Jahres 1917 der Absatz der Kaliwerke hinter den Anforderungen um 50 000 Wagen zurückgeblieben sei, was ihr eine Einnahme von 25 Millionen Mark entzogen hätte. Der Kohlenmangel in den letzten Wochen hätte schließlich noch eine ganze Reihe von Kaliwerken zu Einschränkungen und Stilllegungen des Betriebes gezwungen.

Es ist gewiß keine Frage, daß auch die Kaliindustrie unter der allgemeinen Verteuerung der Gütererzeugung zu leiden hat. Auch die Verkehrserschwerungen fügen ihr Schäden zu, und die Kohlensteuer wird sie belasten, wenn sie Gesetz wird. Andererseits hat aber die Kaliindustrie aus der letzten Preiserhöhung weit mehr gelöst als 7 1/2 Millionen Mark, wie sich leicht rechnerisch nachweisen läßt. Eine Erhöhung der Preise gar in dem jetzt vom Syndikat geforderten Umfange würde der Industrie viele Millionen in den Schoß schütten; jedenfalls weit mehr als zum Ausgleich der verteuerten Erzeugung erforderlich sind.

Mit dem Hinweis auf die Unmöglichkeit, die Arbeitslöhne bei den jetzigen Preisen weiter erhöhen zu können, will die Eingabe die maßgebenden Stellen der Regierung in eine zweideutige Lage bringen und zugleich diejenigen Parteien im Reichstag, die für die Arbeiter eintreten, an ihren Wagen spannen. Besonders dürfte der Satz gemünzt sein auf die sozialdemokratische Fraktion und ganz speziell auf die Gewerkschaftler im Reichstag. Diese werden aber, davon sind wir überzeugt, ihre Entscheidung nicht stützen auf unverbundene Hinweise, sondern nur auf Tatsachen, von deren Wichtigkeit sie sich nach eingehender Prüfung überzeugt haben. Vor allem aber werden sie, wie oben schon betont wurde, für eine weitere Erhöhung der Preise nur dann zu haben sein, wenn den Arbeitern eine ausreichende Erhöhung der Löhne in der Löhne nicht nur privat zugestanden, sondern gesetzlich gesichert wird.

### Der Druckfehlerteufel

hat in Nr. 12 des „Proletariats“ in der Notiz über den Zusammenstoß der Unternehmerorganisationen herumgepfuscht. Dabei hat er den Verband deutscher Tonindustrieller in einen Verband der Textilindustriellen verwandelt und den so umgewandelten Verband dann mit dem Verband der Biegelverkaufsvereinigungen zusammengedrückt. Wir bitten unsere Leser, Kenntnis davon zu nehmen, daß die Redaktion an dieser Verwechslung unschuldig ist.

### Zum Problem der Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Die Kriegsbeschädigtenfürsorge hat sich Ziele gesteckt, die bei aller Anerkennung des guten Willens und der Sachkenntnis der beteiligten Personen, so lange nicht zu erreichen sein werden, als es nicht gelingt, solche Arbeitsplätze für die Kriegsbeschädigten zu schaffen, auf denen sie Löhne erhalten, die ihnen eine ausreichende Lebenshaltung ermöglichen. Angestrebt wird dieses durch eine dem körperlichen Zustand des Kriegsbeschädigten entsprechende Ausbildung zu einem neuen oder, wo angängig, zu dem früher ausgeübten Beruf.

Diese Ausbildung wird immer mehr oder weniger einseitig sein, und den Verletzten auf ganz bestimmte Arbeiten oder Handgriffe einstellen. Am besten wäre es kaum möglich, vollwertige Arbeiter aus den Verletzten heranzubilden, denn in der modernen Industrie und auch im Handel muß schon der gesunde unverletzte Arbeiter alle Kräfte anspannen, wenn er den zum Leben notwendigen Lohn erreichen will. Nicht viel anders liegen die Verhältnisse in der Landwirtschaft.

Nun fragt es sich, ob Industrie, Handel und Landwirtschaft, dem Zustande der Kriegsverletzten Rechnung tragend, ihre Betriebe so einzurichten werden und können, daß die gesamten noch arbeitsfähigen Kriegsbeschädigten Unterkommen finden können, und ob die betreffenden Unternehmer bereit sind, Löhne zu zahlen, wie es notwendig und wünschenswert ist. Beides darf auf die Dauer angezweifelt werden. Die Unternehmungen und deren Berufsvereinigungen haben zwar dahingehende Versprechungen gegeben, aber die Verhältnisse werden stärker sein als der gute Wille wohlgeleiteter Unternehmer und die Beschlässe der Arbeitgeberverbände. Solange der Krieg die Massen der Arbeiter an die Kampffronten festhält und im Lande Arbeitermangel herrscht, finden die Kriegsbeschädigten wohl Arbeit und zum größten Teil wohl auch lohnende Arbeit. Aber später — — ?

Schon jetzt sind die Erfahrungen nicht günstig. Grundlag soll und muß sein, daß die Kriegsbeschädigten nicht als Lohnträger benutzt werden und nicht unter dem Zwange ihrer körperlichen Schäden stehen. Beides tritt oder heute schon in Erscheinung. Die Klagen der Kriegs-

beschädigten, daß sie im Betrieb nicht als vollwertige Arbeiter eingestellt sind und deswegen froh sein müßten, Unterkommen gefunden zu haben, gehen den Gewerkschaftsangehörigen und Arbeiterparteien täglich zu. Ob der Grund zu solchen Klagen vom Unternehmer selbst oder von Angestellten, Meistern und Aufsehern ausgeht, ist gleichgültig. Ebenso sollte ein verdienter Lohn nicht mit dem Hinweis auf das körperliche Gebrechen eines Kriegsbeschädigten verweigert werden. Aber auch das geschieht. Gegen solche Maßnahmen der Unternehmer müssen Sicherheiten geschaffen werden, wenn nicht anders möglich, durch Gesetzesbestimmungen.

Von der staatlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge, in der zahlreiche Gewerkschaftler mitarbeiten, ist der Grundlag angelegt, daß die Militärenten gegen den Lohn nur in soweit aufgerechnet werden soll, als es die Arbeitsbeeinträchtigung des Beschäftigten bedingt. Die Kriegsalage und gegebenenfalls Verstimmlungszulagen sollen unantastbar sein. Diese Grundzüge entsprechen den Verhältnissen, denn ein Kriegsbeschädigter, der seine Gesundheit für die Erhaltung des Vaterlandes geopfert hat, kann billigen Anspruch darauf erheben, als Arbeiter ein Einkommen zu beziehen, das schwerste Sorgen von ihm fernhält.

Leider wird dieser Grundlag von den Unternehmern jetzt schon häufig nicht beachtet. In einem Großbetrieb der chemischen Industrie, der gegenwärtig schon circa 350 Kriegsbeschädigte beschäftigt, werden diese nicht nach ihrer Leistung entlohnt, sondern die Fabrik hat sich ein System zurechtgelegt, wonach alle unterschiedslos bezahlt werden. Dabei konnte festgestellt werden, daß Arbeiter mit 70 Prozent Militärenten an Plätzen arbeiten, wo sie Vollarbeiter ersetzen müssen. Ein Arbeiter, dessen Arbeitsleistung gegenüber anderen Vorarbeitern durch die Kriegserzeugung nicht beeinträchtigt wird, wird nicht nach seiner vollen Leistung entlohnt, sondern eben nach dem System der Firma. In der Metallindustrie werden Kriegsbeschädigte beschäftigt, die bei schwerer Arbeit den schweren Gesundheitsbeschädigten ausgesetzt sind. Wirklich geeignete Arbeitsplätze für Kriegsbeschädigte sind zum Teil durch Löhner auf Aufsehern besetzt. So oberflächlich liegen die Verhältnisse der Kriegsbeschädigten wohl in der gesamten Privatindustrie. Beachten wir noch, daß die Löhne der Kriegsbeschädigten in der Metallindustrie 67 Pf. für die Stunde betragen gegenüber 92 Pf. für unbeschädigte Arbeiter und daß erstere nur die Arbeit an und von dem Arbeitsplatz geliefert erhalten, sonst aber quantitativ gleiche Arbeit leisten wie letztere, so ist das Bild ziemlich vollständig.

Man erfüllt unter solchen Umständen nicht der Gedanke um die Zukunft mit banger Sorge! Aber gerade von Sorge und festlichen Leiden sollen die Kriegsinvaliden verschont bleiben. Das Reich und die Einzelstaaten haben die Pflicht, für angemessene und vollwertig entlohnte Arbeit zu sorgen. Diese Pflicht kann nur erfüllt werden, wenn die Kriegsinvaliden, soweit sie arbeitsfähig sind und auf einen Arbeitsplatz Anspruch erheben, auch Gewissheit haben, einen solchen zu finden, ohne daß das drohende Gespenst der Arbeitslosigkeit sie schreckt, wenn sie ihre Rechte als Arbeiter geltend machen. Dieses zu erreichen, ist nur dadurch möglich, daß Reich, Einzelstaaten und Gemeinden in alle nur irgend möglichen Arbeitsstellen Kriegsbeschädigte unterbringen. Um das zu erreichen, werden wahrscheinlich besondere gesetzliche Bestimmungen notwendig sein. Es ist Aufgabe des Reichstages und der übrigen Parlamente, unverzüglich solche vorzubereiten. Dabei sollen keineswegs die bisher in Reichs-, Staats- oder Kommunaldienst gestandenen Arbeiter und Angestellten in ihrer Erziehung beeinträchtigt werden. Grundlag aber muß sein, keinen Arbeitsplatz, der durch irgendeinen Kriegsbeschädigten ausgefüllt werden kann, durch einen gesunden Anwärter zu behaupten.

Bei der angeländigten Neuorientierung unserer Politik dürfte der Einfluß der Arbeiter und Angestellten auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse der Kriegsbeschädigten nicht gering sein und so die Garantie für dauernde Wohlfahrt der Kriegsbeschädigten geschaffen werden. Es ergibt sich da ein weites Arbeitsfeld, und wenn die Zwecke der Sozialversicherung mit einbezogen werden, ohne daß deren Selbstverwaltung noch weiter zu beschränken wäre, so ist immerhin anzunehmen, daß der größte Teil der Kriegsbeschädigten ein dauerndes Unterkommen findet, das ihrer Befähigung entspricht. Die Unterbringung dürfte sich automatisch ohne Schwierigkeiten durchführen lassen, weil aller Voraussicht nach die Privatindustrie in der ersten Zeit nach Beendigung des Krieges Kriegsinvaliden weiterbeschäftigen wird. Gehten sich die Verhältnisse in der Privatindustrie für die Kriegsbeschädigten aber unbefriedigend, oder werden sie unzulänglich, so muß diesen Vaterlandsvorkämpfern die Möglichkeit geben sein, beim Vater Staat oder in dessen Unterabteilungen dauernde Plätze zu finden.

Eine Beachtung gesunder Anwärter, mögen diese Arbeiter oder Angestellte sein, braucht dadurch nicht einzutreten. Industrie und Handel werden alle Hand- und Kopfarbeiter aufnehmen und ihnen größtmögliche Entfaltung ihrer Fähigkeiten zuteil werden lassen können. Das einzige, was als Maßstab für Staats- und Gemeindevorstände bleibe, wäre ihre Altersversorgung, die in Privatbetrieben weniger gut, oft gar nicht geregelt ist. Über dieses darf kein Grund sein, die so notwendigen Maßnahmen für die Kriegsbeschädigten hinauszuschieben, inwiefern ja auch im neuen Deutschland die Versorgung alter Arbeiter und Privatangestellten eine betriebigende Lösung finden wird, weil solche gefunden werden muß.

### Das tägliche Brot.

Nunmehr haben wir die schon halbamtlich angekündigte, von elf Professorengewaltigen „Preisrelation“ für 1917 erhalten. Daß sie der arbeitenden Bevölkerung eine weitere Verteuerung der wichtigsten Nahrungsmittel bringt, ist fast überflüssig zu sagen. Das ist ja noch immer die Folge solcher Regelungen in der Kriegszeit gewesen. Es wird allerdings eifrig versucht, uns einzureden, die neue Preisgestaltung bringe, wenn auch nicht mehr Vorteile als Nachteile, so doch ebenbürtig, aber es gehört mehr als ein bergwerkender Glaube dazu, solche Versicherungen für wahr zu nehmen.

Die neueste Regelung bringt zunächst ein anderes Verhältnis in die Getreidepreise. Bisher waren Roggen und Weizen, also die eigentlichen Brotgetreidearten, billiger als die Futtergetreide Gerste und Hafer. Die Folge war, daß mehr Futter- als Brottorn angebaut wurde. Es soll nun der Preis für Roggen um 50 Mk. und der für Weizen um 30 Mk. für die Tonne (20 Zentner) erhöht werden. Gleichzeitig wird der Preis für Hafer und Gerste um etwa ebenbürtig herabgesetzt. Der „Ausgleich“ ist also da. Fragt sich nur, wie er wirkt. Die höheren Preise für Brotorn müssen in der Hauptsache die jährlichen Profiteure bezahlen, von den herabgesetzten Preisen für Futterorn aber profitiert die arbeitende Bevölkerung ganz verschwindend wenig. Vielleicht, daß sie die paar Gramm Hafergrüße, die ihr zugemessen werden, um einige Pfennige billiger erhält; das ist aber auch alles.

Nun ist allerdings noch ein weiterer „Ausgleich“ für den steigenden Brotpreis geschaffen: Die Preise für Schweine und Rindvieh sind herabgesetzt worden. Die für Schweine vom 1. Mai an, die für Rindvieh vom 1. Juli an. Vielleicht wird dadurch das Pfund Fleisch um 10 Pf. billiger — vielleicht aber auch nicht. Denn die Preisherabsetzung wird zur Verminderung der Viehzucht und damit zum baldigen Fleischmangel führen. Dann wird man „surrein“ wollen und dazu die Preise wieder erhöhen. Mindestens aber wird man die Fleischmenge, die dem einzelnen zugewiesen wird, herabsetzen müssen und damit den Vorteil einer Herabsetzung des Fleischpreises — vorausgesetzt, daß sie eintritt und vorläufig bestehen bleibt — zusammen schrumpfen lassen. Am meisten für die ärmeren Arbeiterschichten, die zwar das verteuerte Brot voll kaufen, aber selbst auf das verbilligte Fleisch noch teilweise verzichten müssen. Von einem Ausgleich für den gestiegenen Brotpreis kann also gar keine Rede sein.

Nun ist aber nicht nur der Brotpreis, sondern auch der Kartoffelpreis heraufgesetzt worden. Die Frühkartoffeln sollen allerdings ungefähr zu demselben — allerdings wahrscheinlich hohen — Preis geliefert werden wie im Vorjahr, die Winterkartoffeln aber sind um etwa 25 Prozent im Preise (von 4 Mk. bzw. 4.50 Mk. auf 5 Mk.) erhöht worden. Auch diese Erhöhung trifft am schwersten die arbeitende Bevölkerung, die nicht nur insgesamt, sondern auch auf den Kopf wege Kartoffeln verbraucht als die wirtschaftlich bessergestellten Vollbeschäftigten.

Wie in der Presse mitgeteilt wird, hatten die Gewerkschaftsvertreter als Unterzeichner der von uns mitgeteilten Eingabe eine Besprechung mit dem Kriegsernährungsamt, an der die Herren v. Batocki, General Gröner für das Kriegsamt und der preussische Staatskommissar Dr. Michaelis teilnahmen.

Genosse Umbreit begründete die erwähnte Eingabe. Er wies auf den verhängnisvollen Einfluß hin, den das preussische Landwirtschaftsministerium auf die Preisgestaltung und die Verteilung der Lebensmittel zu gewinnen suchte. Er forderte gerechtere Verteilung aller vorhandenen Lebensmittel, gleiche Rationierung für Stadt und Land und Verminderung der Spannungen zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen. Die Vertreter der Regierung nahmen den preussischen Landwirtschaftsminister in Schutz. Der preussische Staatskommissar Dr. Michaelis gab zu, daß das Gesamtinteresse durch schärferes Zugreifen mehr als bisher gewahrt werden müsse. Die Vorräte seien knapp, außerordentlich strenge Maßregeln daher erforderlich, um die Bevölkerung vor Not zu schützen. Im Anschluß an diese Ausführungen wies Herr von Batocki auf Grund der vorliegenden Verhältnisse die schon angebotene Notwendigkeit hin, besonders an Getreide ganz außerordentlich zu sparen; für etwaige Festbeträge daran solle der Bevölkerung mehr Fleisch und daneben möglichst Gransen, Grütze und Sauerbrot geliefert werden. Zwischen den drei Zentralstellen bestünde vollständiges Einvernehmen über die Notwendigkeit schärferen Zugriffs. Umbreit betonte, wenn weitere Einschränkungen der Rationen unvermeidlich seien, dann müsse man so mehr eine strenge Durchführung gleicher Rationierung für Stadt und Land gefordert werden. Herr von Batocki sagte das Ergebnis der Aussprache dahin zusammen, daß die drei zuständigen Gewalten, Kriegsernährungsamt, Kriegsamt und preussischer Staatskommissar, einheitlich zusammenarbeiten und einmütig von der Notwendigkeit einer schärferen Erfassung und Durchführung der Rationierung und Verteilung überzeugt seien, sowie daß alles getan werde, um die Ernährung der Arbeiterschaft sicherzustellen. Es dürfe aber nicht verfehlt werden, daß die Vorräte außerordentlich knapp geworden seien, daß die Erzeugung mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen habe, und daß auf weitere Knappheiten gerechnet werden müsse. Er hoffe, daß die mündliche Aussprache die Vertreter der Gewerkschaften davon überzeugen werde, daß die verantwortlichen Stellen im Reich sich des Ernstes der gegenwärtigen Lage vollumfänglich bewusst seien.

Die in der Unterredung der Gewerkschaftsvertreter mit dem Kriegsernährungsamt angebotenen Sparmaßnahmen sind inzwischen öffentlich angekündigt worden. Der Reichsminister soll vom 15. April an ein Viertel gekürzt werden. Dafür sollen dann pro Kopf und Woche 5 Pfund Kartoffeln statt bisher 3 Pfund geliefert, und die Fleischration soll auf 1 Pfund erhöht werden. Um nun auch der ärmeren Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, die erhöhte Fleischmenge kaufen zu können, will man der minderbemittelten Bevölkerung das zusätzliche halbe Pfund Fleisch zu einem ganz niedrigen Preise liefern. Die Preisdifferenz soll dann vom Reich getragen werden. Da die Mittel des Reiches nicht vom Himmel fallen, sondern durch Steuern aufgebracht werden müssen, ist das keine Entlastung der Bevölkerung, sondern nur eine zeitliche Verschlebung der Zahlungspflicht. Außerdem ein weiterer Beitrag zur Verwirrung der Reichsfinanzen. Aber, man hat sich ja daran gewöhnt, Kriegsmassnahmen widerprüchlos hinzunehmen. Immerhin können wir die Fragen nicht unterdrücken, wo die Kartoffeln nun mit einem Male herkommen sollen, und wie lange unser Viehstand die Bemessung doppelter Fleischrationen tragen wird.

### Gewerkschaftliche Nachrichten.

#### Zum Streitzwischen des Eisenbahnerverbandes.

Zu der in Nr. 11 des „Proletariats“ gemachten Aufhebung des Streitzwischen gegen den Eisenbahnerverband schreibt die „Deutsche Industriezeitung“ (Nr. 6, 1917) nach einer Wiedergabe der vom Eisenbahnerverband abgegebenen Erklärung:

„Damit hätten nunmehr also auch die Freien Gewerkschaften für das Eisenbahnerpersonal den vom Eisenbahnminister verlangten Verzicht auf das Streitzrecht in aller Form erklärt, den die Christlichen und kirchlich-Dunderischen Arbeiterverbände sowie der Deutsche Techniker-Verband schon früher ausgesprochen hatten. Für den B. L. B. liegt kein Anlaß vor, feinerkennlich mit auf diese schäbige Ebene zu treten. Diese Art der „Neuorientierung“ erscheint uns denn doch zu teuer zu sein.“

Wir teilen die Auffassung, daß die Erklärung des Eisenbahnerverbandes den vollen und unumwundenen Verzicht auf das Streitzrecht enthält, wollen jedoch unter den jetzigen Verhältnissen unser Urteil über diesen Verzicht zurückstellen. Auch die Tatsache, daß ein großer Teil der Arbeiterpreise über den, gegen wir einmal strategisch in Richtung des Eisenbahnerverbandes einen Verzicht bringt, in dessen Schutzhülle es heißt, es sei erfreulich, daß der preussische Eisenbahnminister und Chef der Reichseisenbahnen in diesem Streit endlich nachgegeben hat, sei hier nur verzeichnet, aber nicht kritisiert.

#### Christliche Gewerkschaften gegen das preussische Zentrum.

Im preussischen Abgeordnetenhaus sind kürzlich sehr harte Worte gefallen über die Eingabe der Gewerkschaften zur Lebensmittelfrage. Der Landwirtschaftsminister v. Schorlemer nannte die Eingabe ein „Nachwort“ und bedauerte, daß die christlichen Gewerkschaften sich dazu hergegeben hätten, sie zu unterzeichnen. Als die Vertreter der Gewerkschaften auf die Ausführungen des Ministers antworten wollten, schloß die Mehrheit, zu der auch das Zentrum gehörte, einjähig die Debatte. Es ist nun ebenso berechtigt wie erwidert, daß die Preise der christlichen Gewerkschaften sich weder durch die Worte des Ministers noch durch die Haltung des Zentrums vom Wege abdrängen läßt, sondern sowohl dem Herrn v. Schorlemer wie dem preussischen Zentrum derbe Wahrscheitern sagt. Die „Gewerkschaftsstimme“ z. B. erklärt, daß der preussische Landwirtschaftsminister „für die vom Verbraucherstandpunkt aus so schädlichen Verhältnisse in erster Linie verantwortlich zu machen ist“. Zu der Mundtotmachung der Arbeitervertreter im preussischen Landtag aber schreibt das Blatt, es sei „mit allem Nachdruck zu brandmarken, daß die Mehrheitspartei des preussischen Abgeordnetenhauses, einschließlich des Zentrums, durch den ihnen herbegehörten Schlag der Deutsche Gewerkschaftsvertretern unmöglich gemacht haben, dem Landwirtschaftsminister in gebührender Weise entgegenzutreten“. So kräftig haben die christlichen Gewerkschaften dem Zentrum gegenüber lange nicht aufgetrumpft.

#### Sereinsfall der Gelben bei Krupp.

Bei den Wahlen zu den nach dem Hilfsdienstgesetz erforderlichen Ausschüssen in den Werken der Firma Krupp erhielten die Gelben auf ihre Liste 4193, die vereinigten Gewerkschaften dagegen 42 904 Stimmen. Die Kruppischen Gelben sollten aber die Stimmgruppen dieser vielumfährteren Arbeiterorganisationen sein. Die Firma Krupp hat sich jedoch Gelben Wählergruppen leisten lassen, und jetzt muß sie einen solchen Sereinsfall erleben. Unser Beileid!

### Berichte aus den Zahlstellen.

Braunschweig. Durch die Knappheit und Teuerung der Lebensmittel sowie fast aller Gebrauchsgüter ist es der Arbeiterfamilie heute sehr schwer, nur das Allernotwendigste zum Leben beschaffen zu können. Wie oft muß bei schwerer Arbeit trodenes Brot, Karmelade, Stetsrüben usw. die verbrauchte Kraft ersetzen. Die Folge dieser Ernährungsweise ist Unterernährung mit ihren Folgen. Jeder schmächtigt die Arbeiterschaft nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht. Schwer lastet auf derselben der Belagerungsstand, die Zensur usw. Auch durch das Hilfsdienstgesetz wird die Arbeiterschaft in ihrem freien Willen und in ihrer Tätigkeit beschränkt. Als weiterer bedauerlicher Faktor darf nicht unerwähnt bleiben, daß die Arbeiterschaft selber gepaltes, uneinig, keiner größeren Tat mehr fähig, am Boden liegt. Wärflich ein düsteres Gegenwartsbild!

Verstehen wir, den einen Zweig der Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften, intact zu halten, um mit deren Hilfe, soweit es möglich ist, die Lage der Arbeiterschaft zu heben und deren Rechte und Ansprüche zur Geltung zu bringen. Mancher unserer Kollegen ist müde geworden,

Die Arbeiterbewegung der Frauen, weil er mit dem Verhalten seiner Vertreter nicht einverstanden ist. Diese Kollegen vergessen, daß sie sich selbst schädigen. Nicht außerhalb, sondern im Rahmen seiner Organisation soll jeder für seine Ansicht kämpfen. Wir müssen die Handlungen, Bestimmungen unserer Vertreter überwachen und sie, wenn wir denken, daß sie unsere Interessen nicht richtig vertreten, tabeln und in ihre Schranken zurückweisen. Nach dem Kriege werden wir unsere Organisation erst recht gebrauchen, deshalb müssen wir sie jetzt kampfbereit und schlagfertig erhalten. Das sind wir unsern selbständigen Kollegen und uns selbst schuldig. Versuchen wir daher, alle Streitigkeiten aus unsern Reihen fernzuhalten, Meinungsverschiedenheiten ruhig und sachlich auszukämpfen.

Mein organisatorisch genommen haben wir nicht nötig, ein dickeres Bild von unserer Verwaltungsstelle zu geben. Wenn auch einige Industriebetriebe durch den Krieg daniederliegen, z. B. die Zementfabriken, die Kalksteinfabrik usw., so sind andere Fabriken, allen voran die Konservendfabriken, gut beschäftigt. Für diese Industrie bringt der Krieg einen vollen Gewinn. Das versucht wurde, für die Arbeiterschaft die Lage auszunutzen, in selbstverschuldet.

Bis zum Schlusse des Jahres 1916 waren 2065 Kollegen zum Militär eingezogen. 159 Kollegen sind als gefallen gemeldet. Ueber wird die Zahl eine größere sein, da erfahrungsgemäß nicht alle Fälle gleich gemeldet werden. Am 2. Dezember 1916 wurde der Kollege Kleinowski eingezogen. Kollege Lange, der jahrelang vorher als Hilfsarbeiter tätig war, übernahm an dessen Stelle die Kassenführung. Am 22. August wurde der Kollege Genzen in Schwabach genommen. Nach etwa vierzehntägiger Dauer wurde diese wieder aufgehoben. Während dieser Zeit wurde Kollege Lange, unterstützt von der Ortsverwaltung, die Geschäfte der Kasse allein führen. Auch zahlreiche Verwaltungsmittelglieder und Hilfsarbeiter wurden eingezogen. An Stelle der letzteren sind in mehreren Fällen Frauen getreten.

Obwohl es Bewegungen resp. Bewegungen um Lohnfragen in den folgenden Fällen:

Der am 31. März 1916 abgelassene Tarif in der Zementwarenfabrik wurde auf ein Jahr, bis 31. März 1917, verlängert. Folgende Lohnbedingungen wurden vereinbart: Bei Stundenlöhnen bis einschl. 50 Pf. 5 Pf., bei Löhnen über 50 Pf. 4 Pf.; Jugendliche unter 18 Jahren erhalten 3 Pf. Zulage. In der

**Konserven-Industrie**

Wurde der am 31. Dezember 1915 abgelassene Tarif auf ein Jahr verlängert. Der Stundenlohn wurde für Arbeiterinnen von 25 auf 27 1/2 Pf., für Arbeiter von 40 auf 45 Pf. erhöht. Am 14. August wurden die Fabrikanten durch ein Schreiben der Verbandsleitung ersucht, eine zehnprozentige Lohnzulage zu gewähren. Durch Verhandlung vom 9. September wurde diesem Wunsch stattgegeben. Vom 7. September an erhielten die Frauen 30 Pf., die Männer 55 Pf. incl. Lohnzulage. Außerdem wurde ein Antrag von 10 Prozent für sämtliche Lebensmittel wurde der Tarif zum 1. Januar 1917 geändert. Verhandlungen führten zu dem Abschluß eines neuen Vertrages. Dieser ist am 1. Januar 1917 in Kraft getreten und bringt der Arbeiterschaft weitere wesentliche Vorteile. Der Stundenlohn für Arbeiterinnen beträgt jetzt 30 Pf., die Männer erhalten 65 Pf., die Beschäftigten 75 Pf. (einschl. Preiszuschlag). Auch die Arbeitszeit ist (mit Ausnahme der für das Spargelgeschäft) gesenkt.

Während der Kriegszeit liegt in der Konserven-Industrie der Stundenlohn für Arbeiterinnen von 25 auf 35 Pf., der für Männer von 40 auf 65 Pf.

In Wolfenbüttel gelang es uns, in der dortigen Konservenfabrik durch Verhandlungen wesentliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Die Löhne wurden von 21 auf 26 Pf., durch weitere Verhandlungen auf 28 Pf. erhöht, die Arbeiter bekommen 45 Pf. inkl. Zulage. Die Überstunden werden mit einem Zuschlag bezahlt. Einige Morde wurden aufgehoben. Die Auszahlung des Lohnes geschieht jetzt, auf Wunsch der Arbeiterinnen, freitags, statt früher sonntags.

Die erst während des Krieges neugegründete Fleischkonfervenfabrik von Klein u. Söllmann ist nicht Mitglied des Konfervenfabrikantenvereins und war dem Tarifvertrage nicht beigetreten. Die bezahlten Löhne waren niedriger als in den anderen Konfervenfabriken. Nachdem mehrere Betriebsversammlungen stattgefunden hatten, wurde durch Verhandlung der Organisationsleitung mit der Firma folgende Vereinbarung getroffen: Der Stundenlohn wird von 25 auf 30 Pf. erhöht. Überstunden werden mit 3 Pf. Zuschlag bezahlt usw.

Für die Konserven-Arbeiterinnen und -Arbeiter ist in den beiden Kriegsjahren 1915 und 1916, in Zahlen ausgedrückt, folgendes erwirkt: Für etwa 380 Arbeiter eine Erhöhung des Stundenlohnes von 40 auf 65 Pf., d. h. pro Tag um 2,50 Mk., pro Woche um 15 Mk., pro Jahr, für 50 Arbeiterin um 7,50 Mk. für den einzelnen Arbeiter, für 500 Arbeiterinnen betrug die Erhöhung 15 Pf. pro Stunde, 1,50 Mk. pro Tag, 9 Mk. pro Woche, 450 Mk. pro Jahr. Außerdem noch eine wesentliche Erhöhung der Arbeitszeit.

Am 5. Juni reichten wir im Auftrag der Arbeiter von Baefe u. Meyer, Leerpapierfabrik, eine Forderung ein. Der Besitzer der Fabrik, Dr. Willmann, verweigert sich anfanglich abzugeben. Nachdem mehrere Schreiben geschickt, erklärte er sich bereit, den Lohn der Arbeiter von 37 Pf. (von Kollege erhielt 40 Pf.) auf 55 Pf. zu erhöhen, wenn die Arbeiter damit einverstanden seien, daß die Überstunden wegfiele (Einige Arbeiter wurden in Accord ausgeführt, etwa 8 bis 10 Stunden wöchentlich für den einzelnen). Die Arbeiter nahmen diesen Vorschlag an. Die Fabrikante, deren Lohn 36 1/2 Pf. betrug (die Frauen, zwei Stunden täglich, wurden mitbezahlt), erhielten 41 Pf. Stundenlohn. Nachdem die oben angeführten Angelegenheiten gemacht, wurden die Arbeiter noch nach den alten Löhnen entlassen. Am 7. August legten darauf die Kollegen die Arbeit nieder, blieben jedoch im Betriebe. Nach dreitägiger Arbeitsniederlegung erklärte der Unternehmer sich bereit, die angegebenen Löhne zu zahlen.

In der Brauereifabrik Sammiwarenfabrik, Inhaber H. Hagemann, fordern die Arbeiter und Arbeiterinnen eine zehnprozentige Lohnzulage. Die Forderung wurde abschlägig beschieden. Nachdem die Verbandsleitung sich schriftlich an Herrn H. gewandt, wurde sie bewilligt. Für die Bewegung kamen 13 Arbeiter und 7 Arbeiterinnen zu Hilfe.

Nach mündlicher Verhandlung mit der Organisationsleitung bewilligte die hiesige Zuckerraffinerie ihren Arbeitern eine Lohnzulage von 21 auf 25 Pf. erhöht, außerdem erhalten auch diese 50 Pf. pro Schicht als Lohnzulage. Für die Bewegung kamen 130 Arbeiter und 45 Arbeiterinnen zu Hilfe. Eine seitens des Verbandes eingeleitete Bewegung in der Kautschukfabrik Genzen u. Sohn scheiterte an der Gleichgültigkeit der dort Beschäftigten.

Durch das Kalteisen vom 21. Mai 1910 ist zum erstenmal in Deutschland ein Preisverhöhen in eine Industrie gesetzlich eingegriffen. Es sollten damals Lohnzulagen von 10 Prozent für die Arbeiter in der Zuckerindustrie für zwei Monate durchgesetzt werden. Die Arbeiter der Kalksteinfabrik „Hilfenberg“ erhielten infolgedessen eine Lohnzulage von 25 Pf. pro Schicht. Vom 21. Juni 1916 an wurde auf Antrag der Kalksteinwerke im Kalteisen eine Erhöhung der Kalkpreise vorgenommen. Die Werke hatten hierdurch einen jährlichen Mehrertrag von 40 bis 50 Millionen Mark. Diese Preisverhöhung war im Kalteisen nur mit Hilfe der sozialdemokratischen Vertreter zu erlangen.

Die Kalksteinwerke traten daher mit Verhandlungen an die Vertreter der Arbeiter heran. Es wurden für die Bewilligung Lohnzulagen vorgeschlagen. Die Verhandlungen schlugen sich. Der Reichstag regelte die Lohnfrage dann gesetzlich durch den 5. Mai der Novelle. Diese regelt allgemein die Lohnfrage dahin an, daß die Arbeiter eine Zulage von 20 Pf. pro Schicht zu erwarten hätten. Diese Erwartung ist jedoch gescheitert. In Hülfsbergl sind die 80 Pf. Zuschlag gezahlt. In Hülfsbergl haben die Arbeiter, je nach ihrem Service, einen Zuschlag von 40 bis 80 Pf. pro Schicht bekommen. Die Kalksteinwerke erhalten 25-30 Pf. Die Arbeiterinnen erhalten 30-35 Pf. In der Saline erhalten die Arbeiter keine Zulage. Hoffentlich werden auf dem Wege der Lohnfrage durch das Verhalten der Kalkwerke in Zukunft vorzuziehen sein.

Am der Mitgliederbewegung unserer Zählstelle können wir sehr zufrieden sein. Am Schlusse des Jahres 1914 hatten wir einen Bestand von 257 männlichen und 177 weiblichen, zusammen 434

# Die Werbearbeit für den Verband

muß jetzt erneut einsetzen und eifrig betrieben werden. Die Erfahrungen in zahlreichen Orten lehren, daß der Erfolg nicht ausbleibt, wo rührig gearbeitet wird. Also überall Hand ans Werk legen! Nur eifrige Tätigkeit bringt Erfolg.

Mitgliedern. Eingezogen waren damals 911 Kollegen. Am Schlusse des Jahres 1916 sind vorhanden 1682 männliche und 2124 weibliche, zusammen 3806 Mitglieder. Eingezogen sind 2065 Kollegen. Erfolgreich ist die Zunahme der weiblichen Mitglieder um 377 seit Schlusse des Jahres 1914.

Die Arbeitslosigkeit der männlichen sowie auch der weiblichen Mitglieder ist immer weiter zurückgegangen. Die gezahlten Summen für Arbeitslose sind, insbesondere an die männlichen Mitglieder, ganz gering.

Wahrscheinlich Unterstützung haben wir auch in diesem Jahre sowohl an die Frauen unserer Arbeiter wie an unsere Kranken und Invaliden gezahlt. Folgende Summen wurden herausgegeben: An Kriegsveteranenunterstützung (Hauptkasse) 6264 Mk., Zuschuß (Vorkasse) 2229 50 Mk., an Kranke, Invaliden usw. (Vorkasse) 2471 Mk., Summa 10964,50 Mk. Insgesamt sind seit Ausbruch des Krieges in unserer Zählstelle aus Mitteln der Hauptkasse und der Vorkasse 34 810,80 Mk. außerordentliche Unterstützungen gezahlt worden.

**Nichtigstellung.**

Zu dem Jahresbericht aus dem Gau 8 geht uns folgende Nichtigstellung an: Im „Proletariat“ Nr. 11 ist der Jahresbericht des Gaues Erfurt abgedruckt. In demselben wird mitgeteilt, bei der Firma Gottlieb, Heumann u. Co., Neuzen, sei der Stundenlohn von 40 auf 45 Pf. erhöht worden. Es muß heißen: Die im Juni von der Verbandsleitung gestellten Forderungen auf Erhöhung der Stundenlöhne von 40 auf 45 Pf. wurden nicht bewilligt. Bewilligt wurde eine Kriegsteuerzulage von 3 Mk. pro Woche. Die Firma weigert sich noch heute entschieden, die Stundenlöhne über 40 Pf. zu erhöhen. Auf eine im November erneut gestellte Forderung, die Stundenlöhne doch endlich zu erhöhen, hat die Firma ihren Arbeitern abermals eine Steuerzulage von 2,50 Mk. pro Woche gewährt.

## Rundschau.

**Ein Minister für den Organisationszwang.**

Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde am 5. März der Haushaltsplan der Staatsbergwerke beraten. Bei dieser Beratung beschäftigte sich der preussische Handelsminister v. Sydow auch mit gewissen Vorschlägen in mittelbeuthischen Braunkohlengruben. Dort haben sich mehrere Unternehmergruppen gebildet, die sich einander die Bergwerke abzurufen versprechen. Eine dieser Gruppen wird von dem böhmischen Kohlenkönig Petzsch geführt. Das Streben dieses Kapitalisten geht anscheinend dahin, sich ein Privatmonopol für die deutsche Braunkohlenerzeugung zu sichern. Die Uneinigkeit der deutschen Braunkohleinvestoren läßt es ihm das zu erleichtern. Im Eingehen auf diese Angelegenheiten sagte der Handelsminister nach den Berichten der Tagespresse: „Allerdings haben die mehrfach genannten Interessenten aus Böhmen sich erhebliche Anteile des preussischen Braunkohlenergebisses gesichert, haben aber noch nicht die Mehrheit. Immerhin wird man die Sache mit Aufmerksamkeit verfolgen müssen. Im äußersten Falle würde ich von der Zwangs- Syndikatsverordnung Gebrauch machen, die bis zwei Jahre nach dem Kriege gilt.“

Ich hoffe, die Herren werden den Ernst der Lage begreifen und sich freiwillig zusammenzuschließen.“ Es liegt uns hier nicht daran, zu untersuchen, ob die Stellungnahme des Ministers zu der in Rede stehenden Angelegenheit sachlich anschaubar ist oder nicht. Es soll nur darauf hingewiesen werden, daß er eine Unternehmergruppe ausdrücklich auffordert, sich zusammenzuschließen, ja daß er ihr die zwangsweise Zusammenführung androht, für den Fall, daß sie sich freiwillig nicht zusammenfinden.

Aus dieser Tatsache möchten wir eine nahegelegene Nutzenwendung ziehen. Dieser Krieg hat nicht nur die Notwendigkeit wirtschaftlicher Organisationen allgemein erwiesen, sondern ganz besonders eindringlich den Wert und Nutzen der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen dargelegt. Trotzdem haben wir noch nicht gehört, daß einmal ein Minister den Arbeitern den Zusammenhalt angeraten oder gar die zwangsweise Organisierung angedroht hätte. Warum wohl nicht?

**Der Munitionsverbrauch im Kriege.**

Der Verbrauch an Munition aller Art ist in diesem Kriege ungeheuerlich groß. Viel größer, als selbst die erfahrensten Fachleute bei Ausbruch des Krieges annahmen. Das französische Armeemagazin „Bulletin des Armes“ bringt darüber einige vergleichende Angaben. Es schreibt: „Zwischen dem ganzen Feldzuge von 1870/71 verbrauchte die deutsche Artillerie ungefähr 817 000 Geschosse, und zwar 479 000 auf französischer Seite und 338 000 im freien Felde. Der zweite Teil der letztgenannten Ziffer stellt die Zahl der Geschosse vor, die im Verlaufe der Schlacht von St. Privat abgefeuert wurden, die als die „munitionshungrigste“ Schlacht des damaligen Feldzuges bezeichnet werden muß. Im russisch-japanischen Kriege, der länger dauerte, in dem aber geringere Kräfte angesetzt waren und die Schlachten in größeren Zwischenräumen stattfanden, verbrauchte die gesamte Artillerie nur 954 000 Projektilen, und zwar meist aus Feldgeschützen.“

Ueber den gegenwärtigen Krieg lassen sich vorläufig noch keine genauen Zahlen angeben. Immerhin kann man schon heute behaupten, daß der Munitionsverbrauch im Weltkriege die ungläublichsten Phantasien noch übertrifft. So erregte sich z. B., daß eine der beiden Parteien an einem einzigen Tage auf einer Front von 8 Kilometern 100 000 Granaten verbrauchte. Die Zahl der Treffer war jedesmal größer als in den heißesten Tagen des Krieges 1870. Aus den russischen Berichten sieht man, daß die Deutschen im Verlaufe der großen Schlacht in Gallien 700 000 Geschosse abfeuerten, zu deren Heranbringung wohl 1000 Eisenbahnwagen erforderlich gewesen sein müssen. Nach einem offiziellen Bericht der französischen Heeresleitung vom 17. Juni hat die französische Artillerie im Norden von Artois innerhalb 24 Stunden 300 000 Geschosse verbraucht. Das Gesamtwert dieser 300 000 Geschosse kann auf 4 500 000 Kilogramm beziffert werden, danach hat ihre Heranbringung sehr große Lastzüge erfordert. Die Kosten lassen sich auf 9 375 000 Franc veranschlagen.

**Bezugschein ist und Abrechnung.**

Bekanntlich erhält man jetzt Belegungsscheine nur noch gegen Bezugscheine. Die Ausstellung dieser Scheine erfolgt an manchen Stellen ohne Schwierigkeiten, an andern nicht. Selbst aus Arbeiterkreisen kommen Klagen, daß ihnen Verfügungen gemacht und Einschränkungen vorgeschlagen werden, die nicht nur sachlich unbegründet sind, sondern auch eine überraschende Unkenntnis der Arbeiterverhältnisse verraten. Die richtige Preisstellung der Kleidung, besonders unter Berücksichtigung der Halbverle, ist so, daß der Arbeiter sich hütet, mehr als das Allernötigste zu kaufen. Das aber andere Kreise immer noch reichlich brauchen, und daß eine scharfe Kontrolle des Bedarfs der Besizenden nötig ist, zeigen die in den Mittelungen der Reichsbelegungsstelle niedergelegten Erfahrungen des Bezugsrats einer hiesigen Großfabrik. Es werden folgende Beispiele angeführt, die aber nur einen kleinen Bruchteil des gesammelten Materials bilden:

1. Trachten werden beantragt, weil „ein Ableben erkrankt wird“ oder „Kodeställe eintreten können“.
2. Die Dienstmädchen einer Hauptmannsfrau sollen durchaus (warme) Servierkleider tragen, obwohl sie Hauskleider genügen besitzen.
3. Für die Kinder eines Staatsballis werden Lederhosen und Stiefeln beantragt, weil „es häßlich aussieht“. Dabei sind Bekleidungen reichlich vorhanden.
4. Bei einer Arztfrau sollen die Dienstmädchen mit Handschuhen servieren.
5. Eine Kaufmannsfrau besitzt mehrere gute Hauskleider, will aber weiteren Stoff kaufen, „weil er ihr gerade so gut gefällt“. Bei derselben Dame sind für 5 Personen 20 gute Kleidungsstücke vorhanden, trotzdem beantragt sie neue Kleidungsstücke, weil sie damit nicht auskomme und es an Seite fehle.
6. Ein Rentmeister, bei dem 12 Oberhemden und 36 Taschentücher festgelegt wurden, verlangt unbedingt weitere Oberhemden und 1 Duzend Taschentücher, da er sonst nicht leben könne.
7. Ein Amtsrichter, bei dem noch reichlich gute Wäsche aus dem Jahre 1903 und 1908 vorhanden ist, die nach eigener Angabe 5 bis 6 Jahre ausreicht, fordert neue Kleidungsstücke, weil er sich im Bedienungszimmer ein Bett aufstellen will, um es nach dem Bade zu benutzen, um nicht erst nach dem Schlafzimer gehen zu brauchen.
8. Für die Ausstattung einer Rentierstochter werden 24 Duzend Hemden, 24 Duzend Hemdkleider, 24 Duzend Nachthemden, 2 Duzend Unterhosen usw. verlangt, obwohl bereits in früherer Zeit für die Ausstattung auf Vorrat 2 Duzend angekauft worden waren.
9. Die Frau eines Mauermeisters besitzt 1 Plüschmantele, 1 Samtmantel, 1 Reispelz und 8 Kostüme, will aber unbedingt noch ein Winterjadenkleid haben.
10. Eine Rentiere, bei der bereits an Mänteln und Kostümen kein Stück ermittelbar wurden, beantragt ein weiteres Kostüm usw.

**Guten Appetit!**

Am 20. Dezember des Vorjahres fand in Braunschweig die Generalversammlung des Braunschweig-Hannoverschen Zweigvereins der deutschen Zuderindustrie statt. Dort sprach Direktor Kiel über die Steatubentrocknung, die vielfach von den Zuderfabrikanten übernommen wird. Dabei sagte er:

„Die Dörgeremsefabriken schälen ihre zu bearbeitenden Rohrüben. Ich bezweifle, daß das für unsere Verhältnisse möglich sein wird. (Zustimmung.) Ich glaube auch nicht, daß das unbedingt erforderlich ist. Wenn man Gesüßel ist, muß man ab und zu ein kleines Rindfleisch aus dem Munde nehmen; weshalb soll man nicht, wenn man später Steatubien ist, auch einmal ein Stückchen, das einem zu hart vorkommt, aus dem Munde entfernen können. (Geisterheit.)“

Ich habe eine Probe ausgeführt. Das ist die Rohrübe, wie sie gewaschen, geschnitten und getrocknet ist; die Köpfe sind dabei nicht entfernt, es sieht der Schmutz daran, der bei der Wäsche nicht entfernt werden konnte, und es sieht auch die Schale daran. Das Produkt sieht auch ganz gut aus, aber ich behaupte nicht, daß Sie in Ihren Schmelztrocknungsanlagen überall eine solche Ware herstellen können. Ich habe dieselbe in einer besonderen Anlage hergestellt, um ihnen zu zeigen, daß die Schale und der nicht zu entfernende — nennen wir es einmal Unrat — absolut nicht daran auftritt, und daß vielleicht dieser kleine Vergleich zwischen Gesüßel und Schale der Steatubie nicht ganz unrichtig ist. Das Zeug sieht sehr schön aus.“

Sehr appetitlich werden die in den Zuderfabriken getrockneten Steatubien danach nicht sein. Bervollständigt sei das Bild noch durch die Feststellung, daß derselbe Herr Kiel den Fabrikanten empfahl, ihre Preise für das Trocknen „nicht so zu stellen, daß sie glauben, sie kommen eben damit aus“, sondern so, daß sie „auch etwas übrig haben“. In der ersten Zeit des Krieges sei für einen Zentner zu trocknen 1 Mk. gezahlt worden, jetzt müsse er aber raten, den Preis „nicht unter 2 Mk. zu setzen“.

Ei ja, unsere Unternehmer sind durchaus fürs „Durchhalten um jeden Preis“.

Die „Bergarbeiterzeitung“ erhielt von ihrer Bezirksleitung in Gladbeck eine Zuschrift, in der es u. a. heißt: „Hier in Gladbeck sind 12 große Fässer eingemachter Spinat angekommen. Die Frauen in der Kriegsküche haben gestern ein Faß aufgemacht und den Inhalt für heute vorbereitet. Sie ließen mich heute vormittag rufen, damit ich ihnen einen Rat geben sollte, was sie mit dem Zeug machen sollten. Sie hatten einen ganzen Haufen Stein, Kohlen, Asche, Holz, Draht, Leberabfälle, Erde und Erdklumpen, Papier- und andre Fecken sowie losen Pferdemist und regelrechte „Kobypfel“ herausgehoben. Stücke von alten Stricken und dergleichen erkehten das „Gewitz“. Das alles ist im eingemachten Spinat, der auf Anweisung der Behörde uns im Frühjahr das Durchhalten ermöglichen sollte. Das Dörgeremse befindet sich in ähnlicher Verfassung. Was sagt Ihr zu solchen Zuständen?“

Die „Bergarbeiterzeitung“ meint dazu: Wir können uns einen schlimmeren Landesverrat, wie ihn diese Rohrensmittelkäufer begangen haben, nicht denken. Hoffentlich werden sie gefaßt, und gründlich.

## Verbandsnachrichten.

**Statistik.**

**Blaue Monatskarten — gelbe Quartalkarten.**

Mit der Nr. 12 des „Proletariats“ werden den Zählstellen auch die Statistikkarten zugesandt. Zählstellen, die diese Karten nicht erhalten haben, wollen dieselben umgehend beim Vorstand bestellen.

Für den Monat März ist eine blaue Monatskarte und eine gelbe Quartalkarte einzusenden. Als Stichtag für die Arbeitslosen gilt der 31. März. Die statistischen Karten müssen bis zum 4. April in Hannover sein, da bis zum 10. April das Ergebnis der statistischen Aufnahme an das Statistische Amt gesandt werden muß.

Zählstellen, die die Karten überhaupt nicht oder zu spät einsenden, werden im „Proletariat“ namentlich veröffentlicht.

**Vom 20. März 1917 an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:**

- Settin 1000.— Höhe 54,91. Einbach 23,16. Niela 400.— Schwibus 76,01. Sommerfeld (P.-L.) 15.— Dresden 638,97. Späningen 300.— Mählingen 2000.—, Kroihera 200.—

Schlus: Montag, den 26. März, mittags 12 Uhr.

Fr. Bruns, Kassierer.

**Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen**

erhielt die Zählstelle  
**Sörlig.** 15 Pf. pro Woche für männliche Mitglieder, 10 Pf. pro Woche für weibliche Mitglieder.

**Neue Adressen und Adressenänderungen.**

- Erlangen.** Hans Fiedel, Baldstraße 16. Georg Müßgiller, Glüdstraße 3.
- Grimma.** Kreis eingezogen. Ernst Albrecht, Burgberg bei Grimma, Nr. 7. Adolf Gebauer, Schulstraße 60, p.
- Berder a. d. Havel.** Friedrich Schuhardt, Baderstr. 62.
- Burgen.** August Horn, Lange Straße 6. Joh. Danisch, Reichstraße 6, 1. Et.